

Rückblick
auf herausragende
Leistungen

Helmut Kohl – ein Kanzlerporträt

Horst Möller

Vor fünfundzwanzig Jahren wurde Helmut Kohl Bundeskanzler. Nach über dreizehn Jahren in der Opposition wurde die CDU/CSU wieder führende Regierungspartei. Länger als jeder andere – sechzehn Jahre – blieb Helmut Kohl Bundeskanzler. Konrad Adenauer hatte dieses führende politische Amt der Bundesrepublik Deutschland immerhin vierzehn Jahre inne, Helmut Schmidt acht Jahre, alle anderen Kanzler eine zum Teil deutlich geringere Zeitspanne. In dieser langen Regierungszeit gewann er vier Bundestagswahlen, obwohl ein Großteil der bundesdeutschen Medien ihn über Jahre hinweg attackierte. Doch hinderten ihn diese lang anhaltende Polemik und Unterschätzung nicht an größter politischer Wirksamkeit, fielen doch in seine Regierungszeit herausragende innen- und außenpolitische Entscheidungen von weltpolitischem Rang, an denen er entscheidenden Anteil besaß.

Der Regierungswechsel zur christlich-liberalen Koalition 1982 erfolgte nicht durch Wahlen, sondern nach dem Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition, in der der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt schließlich für wesentliche Elemente seiner Politik keine Mehrheit in seiner eigenen Partei besaß und sich dadurch die seit 1981 merklichen Abwendungstendenzen innerhalb der FDP vom zunehmend nach links rückenden Koalitionspartner verstärkten: Während die Gemeinsamkeiten von SPD-Mehrheit und FDP sich schon seit 1981 verringert hatten, nahmen sie

mit der Union zu. Der Übergang von einer Regierung zur anderen erfolgte 1982 wegen des Scheiterns der sozialliberalen Koalition: Aufgrund sachlicher Übereinstimmung bot sich für die FDP eine koalitionspolitische Alternative; erstmals – und bisher das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – vollzog sich ein Regierungswechsel durch ein konstruktives Misstrauensvotum. Am 1. Oktober 1982 votierten 256 von 495 Bundestagsabgeordneten für den Kandidaten der Unionsparteien und der FDP, Helmut Kohl, 235 stimmten gegen ihn, vier enthielten sich.

Obwohl das konstruktive Misstrauensvotum keiner zusätzlichen Legitimation, also auch keiner außerplanmäßigen Bundestagswahl, bedarf, strebte die neue Bundesregierung diese baldmöglichst an. Dafür existierten mehrere Gründe:

In der öffentlichen Diskussion spielten *erstens* seit den 1970er-Jahren basisdemokratische Konzepte, die die repräsentative Komponente der parlamentarischen Demokratie missverstanden, eine zunehmende Rolle. Eine vorgezogene Bundestagswahl konnte – im Falle des Erfolges – einer Diskussion über ein vermeintliches Legitimitätsdefizit den Boden entziehen. *Zweitens*: Die offizielle Lesart der SPD schob die Schuld für das Scheitern der Koalition ausschließlich der FDP zu, ohne die innerparteilichen Auseinandersetzungen und die innerhalb der SPD schwindende Unterstützung für den Kurs ihres Kanzlers zuzugeben.

Drittens: Die FDP war durch den Koalitionswechsel in eine innerparteiliche Zerreißprobe geraten, da der linksliberale Flügel diesen Weg der Partei- und Fraktionsführung um Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Wolfgang Mischnick nicht mitgehen wollte; eine Neuwahl konnte zumindest begründen, dass die Abgeordneten der FDP bereits als Mitglieder der christlich-liberalen Koalition gewählt würden und ihr Kurs somit bestätigt wurde. Kohls „Überlebensgarantie“ für den Anteil der FDP-Minister am Kabinett auch bei Stimmenverlusten erleichterte der FDP-Führung diesen Weg.

Viertens: Die dringend notwendige Haushaltssanierung konnte ohne unpopuläre wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen nicht durchgeführt werden, kaum zwei Jahre der verbleibenden Legislaturperiode waren für eine neue Regierung viel zu knapp, um ihre Politik der Mehrheit plausibel zu machen und Erfolge vorweisen zu können.

Trotz der verfassungsrechtlichen Problematik dieses Weges strebte die neue Koalition also Neuwahlen an; dies war nur mittels Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten möglich, wenn der Bundeskanzler nach einem erfolglosen Vertrauensantrag im Bundestag dies vorschlug (Artikel 68 Grundgesetz). Aus diesem Grunde enthielten sich 248 Abgeordnete von Union und FDP bei der Vertrauensfrage der Stimme. Gegen dieses Verfahren, das bereits einmal im Falle der vorgezogenen Neuwahl des Bundestages 1972 auf Betreiben der damaligen sozialliberalen Regierung Willy Brandt (und sehr viel später, 2005, von der rot-grünen Regierung Gerhard Schröder) angewandt worden ist, gab es auch innerhalb der Union Bedenken, doch führte es schließlich zum Erfolg. Am 6. März 1983 fanden die Neuwahlen statt, die von Bundeskanzler Kohl geführte Union gewann gegenüber der Wahl von 1980 insgesamt

4,3 Prozent hinzu und gelangte mit 38,2 Prozent für die CDU und 10,6 Prozent für die CSU dicht an die absolute Mehrheit, während die SPD 4,7 Prozent und die FDP 3,6 Prozent verlor. Mit 7 Prozent hatte die FDP aber andererseits einen Wähleranteil behalten, der die seit Oktober 1982 amtierende christlich-liberale Koalitionsregierung eindeutig bestätigt hatte. Diese besaß mit 55,8 Prozent der Stimmen eine eindrucksvolle parlamentarische Mehrheit.

Neue Konturen in der Deutschland- und Außenpolitik

Auch die pragmatische, Kontinuität wahrende Deutschlandpolitik Helmut Kohls ermöglichte eine Wiederannäherung zwischen Union und FDP. Weder in der Außen- noch in der Sicherheitspolitik – und zur Überraschung vieler also nicht einmal in der Deutschlandpolitik – gab es infolgedessen nach der Regierungsübernahme 1982 einen Kurswechsel: Dies lag nicht allein daran, dass der Koalitionspartner mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher weiterhin den Außenminister und Vizekanzler stellte, sondern an der Tatsache, dass Helmut Kohl mit seinem Vorgänger Helmut Schmidt insofern übereinstimmte, als er dessen Initiative des NATO-Doppelbeschlusses entschieden unterstützte: So kam es, dass paradoxerweise diese Sicherheitspolitik, die zu den wesentlichen Gründen des parteipolitischen Scheiterns von Schmidt gehört hatte, zum ersten großen Erfolg des Bundeskanzlers Kohl nach den Neuwahlen 1983 wurde: Nachdem beim Ostermarsch im April 1983 700 000 Teilnehmer der sogenannten Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstriert und einige Monate später auf dem Kölner Sonderpartei-tag der SPD am 18./19. November 1983 383 von 400 Delegierten gegen seine Realisierung – und damit gegen ihren früheren Kanzler Helmut Schmidt – gestimmt hatten, setzte die Regierung Helmut Kohl

am 22. November 1983 im Deutschen Bundestag die Annahme des Doppelbeschlusses gegen massive Widerstände durch: Wie sich 1989 herausstellen sollte, zählte diese Entscheidung zu den wesentlichen Faktoren des Untergangs des Sowjetimperiums, das dadurch zu einer ökonomisch nicht zu verkraftenden Rüstungsanstrengung und damit zu Reformen des maroden Systems gezwungen wurde. Insofern lag in dieser politischen Entscheidung auch eine der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Damit war aber auch klar: Zur politischen Entscheidungsbildung im Rahmen außenpolitischer Kontinuität trat eine politische Durchsetzungskraft, an der es der sozialliberalen Koalition am Ende gemangelt hatte. Überdies wurde die Außen- und Sicherheitspolitik als Konstituens deutsch-französischer Kooperation erkennbar, hatte doch der französische Staatspräsident François Mitterrand den Bundeskanzler durch seine große Rede im Bundestag unterstützt – worin ein Markstein für die engen politisch-persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Mitterrand lag: Die Außenpolitik blieb ein zentrales Arbeitsfeld der neuen Bundesregierung. Dies zeigte sich auch darin, dass Kohl und Genscher sich sogleich bemühten, trotz ihres Engagements für den Doppelbeschluss die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu suchen, wie bei ihrem Besuch in Moskau schon 1983 deutlich wurde.

Festhalten an der Wiedervereinigung

Ein weiterer Bereich der Kontinuität, in dem Außen- und Deutschlandpolitik ineinandergriffen, bildeten die innerdeutschen Beziehungen. Führte die neue Regierung auch in diesem Feld die seit den 1970er-Jahren betriebene Entspannungs- und Ostpolitik mit der Einhaltung der Verträge fort, so ging Kohl innerparteilich doch hier ein größeres Risiko ein, da diese

Historische Geste: Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

© picture-alliance/dpa, Fotograf: Wolfgang Eilmes



Politik auch innerhalb der Union nach wie vor umstritten war. Dies hatte sich bereits bei dem von Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredit für die DDR 1983 gezeigt, verschärfte sich aber 1987 beim Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker – Helmut Kohl hatte die bereits von seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt ausgesprochene Einladung an Honecker bald nach dem Regierungswechsel erneuert. Doch übte die Sowjetunion auf die DDR wegen der Nachrüstung Druck aus, der Besuch wurde verschoben: Kohl war darüber nicht unglücklich, zumal es in der Bundesrepublik, vor allem auch in der Unionsfraktion des Bundestages, gegen den protokollarisch als Staatsbesuch abzuwickelnden politischen Akt erhebliche Widerstände gab: Die deutschlandpolitische Bruchlinie

innerhalb der Union wurde erneut manifest. Auf der anderen Seite bewies gerade die Rede des Bundeskanzlers bei Honeckers Besuch, dass das Bemühen um innerdeutsche Erleichterungen und ein geregeltes Miteinander in der CDU-Führung keineswegs die Aufgabe der grundgesetzlich gebotenen Forderung nach Wiedervereinigung bedeutete. In seiner Begrüßungsansprache erklärte Helmut Kohl am 7. September: „Unsere Gegensätze in Grundsatzfragen werden wir nicht überwinden, aber was uns im Grundsätzlichen trennt, sollte uns nicht an praktischer Zusammenarbeit hindern[...] Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, dass alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinanderfinden können. Diese Haltung hat im Grundlagenvertrag und im Brief zur deutschen Einheit ihren Niederschlag gefunden.“

Kontinuität zu Konrad Adenauer

Keinen Bruch, aber eine deutliche Akzentuierung gab es in der Europapolitik und in den deutsch-französischen Beziehungen. Wenngleich auch hier die Regierung Helmut Schmidt durchaus engagiert war und die persönlichen Beziehungen zwischen Schmidt und dem bis 1981 amtierenden französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing eng waren, brachte die Wahl François Mitterrands 1981 trotz der parteipolitischen Nähe doch eine Abkühlung. Im Gegensatz dazu vertieften sich seit 1982 relativ rasch die Kontakte zwischen den beiden Nachfolgern Kohl und Mitterrand, die schließlich bis zum Vorabend der Wiedervereinigung wesentliche Schritte zur europäischen Integration gemeinsam durchsetzten. Intensiver wurden auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen, wo es Kohl schnell gelang, die Verkrampfungen, die auch aus der persönlichen Animosität des sonst durchaus atlantisch orientierten Schmidt gegenüber Reagan resultierten,

aufzulösen: Hier wie sonst setzte Bundeskanzler Kohl auf enge persönliche Kontakte, die sich nach anfänglicher Distanz auch zum Generalsekretär der KPdSU beziehungsweise späteren Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, entwickelten.

Es besteht kein Zweifel, dass die CDU unter Helmut Kohl an die große Tradition bundesrepublikanischer Außenpolitik, die Konrad Adenauer begründet hatte, anknüpfte, ja insofern darüber hinausgelangte, als es Kohl verstand, alle konstruktiven Ansätze, einschließlich der Ostpolitik der 1970er-Jahre, zu bündeln und fortzuentwickeln – übrigens auch zu ostmitteleuropäischen Ländern wie Polen und Ungarn: Trotz „schlechter Presse“ erwies sich Kohl schon während der 1980er-Jahre als äußerst erfolgreicher Außenpolitiker; publizistisch ausgeschlachtete anfängliche Missgeschicke spielten demgegenüber weder im Ausland noch für die Außenpolitik selbst eine wirkliche Rolle: Der Theaterdonner war vielmehr Symptom für den Realitätsverlust bestimmter Kommentatoren, die anstelle der adäquaten Analyse die negative Perzeption einer Person setzten.

„Kanzler der Einheit“

Ohne Zweifel zählte die Wiedervereinigung Deutschlands, die seit Spätherbst des Jahres 1989 aufgrund der zunehmenden Schwächung der Sowjetunion, ihres zu spät einsetzenden Reformkurses, des sukzessiven Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen, der anwachsenden Flucht- und Protestbewegung und des Kollapses der DDR erstmals eine reale Chance wurde, zu den herausragenden Leistungen der christlich-liberalen Koalitionsregierung insgesamt, des Außenministers Genscher, in singulärer Weise aber der Staatskunst – wie man das früher genannt hätte – des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Diese Leistung wird nicht dadurch gemindert, dass an ihr weitere Staats-

männer führend beteiligt waren, allen voran der amerikanische Präsident George W. Bush senior, in anderer Weise Michail Gorbatschow: Mit ihnen wie auch mit François Mitterrand und anderen wirkte Kohl in engster Weise zusammen, die meisten ausländischen Staats- und Regierungschefs mussten in mühseliger Kleinarbeit überzeugt werden.

Die Geschwindigkeit der Wiedervereinigung, bei der sich die Ereignisse überstürzten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Politik gegen starke innen- und außenpolitische Widerstände durchgesetzt werden musste. Entscheidend war, dass jegliche Chance optimal genutzt wurde, um nach fünfundvierzig Jahren deutscher und weltpolitischer Teilung mit den Mitteln friedlicher Diplomatie und in Korrespondenz mit den Volksbewegungen seit 1980 in Polen und 1989 in der DDR – die Kohl mit großer Sensibilität politisch umsetzte – die Wiedervereinigung zu erreichen: Ohne korrespondierende Intensivierung der europäischen Integration und fortbestehende Verankerung des wiedervereinigten Deutschlands in der NATO, also die internationale Einbindung des gesamten Prozesses, wäre die Einigung für die Partner inakzeptabel gewesen. Aber gerade die NATO-Mitgliedschaft war für die Sowjetunion ohne Verleugnung ihrer fünfundvierzig Jahre verfolgten Politik überhaupt nicht vorstellbar.

Mit der Wiedervereinigung verbunden waren zugleich die Wiederannäherung beider Teile Europas und die weitere Aussöhnung mit Polen durch die völkerrechtlich definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze, für die Helmut Kohl erst große Teile der eigenen Partei und Fraktion gewinnen musste. Schließlich zählt der Abzug von etwa 450 000 Angehörigen der sowjetischen Armee aus der DDR beziehungsweise dem wiedervereinigten Deutschland zu den großen Leistungen:

Sie folgte nicht mit Selbstverständlichkeit, wie eine ahnungslose Darstellung in der Öffentlichkeit oft suggeriert, sondern als Ergebnis harter Verhandlungen unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel. Dies war zugleich die Initialzündung für den Rückzug der sowjetischen Truppen auch aus den anderen ehemaligen Satellitenstaaten, die nun ihre traumatischen Einkreisungsängste verloren: Der spätere NATO-Beitritt mehrerer ostmitteleuropäischer Staaten, die folgende EU-Erweiterung sind Konsequenzen, die zeigen, in welchem Maße auch die östlichen Nachbarstaaten von der Wiedervereinigung bis heute profitieren.

Dieser äußerst komplexe und dramatische Vorgang und die einzelnen ineinandergreifenden außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Schritte sind hier nicht darzustellen; festzuhalten bleibt aber: Die Wiedervereinigung war ein Prozess von weltgeschichtlicher, europäischer und nationaler Bedeutung allerersten Ranges und erlangte in europäischem Maßstab friedenssichernde Wirkung. Hatte Konrad Adenauer entscheidenden Anteil an der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt (mit Egon Bahr) an der Fortführung, konstruktiven Erneuerung und Intensivierung der Ostpolitik seit 1966 beziehungsweise 1969, Brandt und Helmut Schmidt am KSZE-Prozess, also der Entspannungspolitik, so verband Helmut Kohl als Erster West- und Ostpolitik zu einer wirklichen Synthese: Nur so wurde die Wiedervereinigung möglich, nur so ließ sich das Ost-West-Spannungsverhältnis endgültig abbauen und der Kalte Krieg beenden.

Fortschritte für Europa

Ohne jeden Zweifel ist die Wiedervereinigung nicht allein die größte staatsmännische Leistung Helmut Kohls, sondern eine der größten der neueren deutschen und europäischen Geschichte überhaupt.

Und zu den herausragenden Leistungen der Regierung Kohl gehört ranggleich die in mehreren großen Schritten seit Ende der 1980er-Jahre, rasant verstärkt in den 1990er-Jahren realisierte europäische Integrationspolitik, die Kohl vor allem mit Mitterrand gemeinsam forcierte. Die deutsch-französische Kooperation und Freundschaft hat er dabei gefördert wie vor ihm nur Konrad Adenauer: Sie diente ihm ebenfalls als Motor der europäischen Einigung. Welch große Leistung das war, ist nicht allein daran abzulesen, welche Fortschritte in wenigen Jahren erzielt worden sind: von den Maastricht-Verträgen bis zum Schengener Abkommen und der Währungsunion. Sie brachte die endgültige Einführung des Euro – in Verbindung mit dem Stabilitätspakt –, die 1997 beschlossen worden ist. Diese konstruktive und visionäre Leistung – auch sie gegen hartnäckige Skeptiker durchgesetzt – ist auch daran erkennbar, dass die rot-grüne Regierung in den folgenden Jahren hier keinen einzigen vergleichbaren Fortschritt erreichte, sondern der deutsch-französische Motor erkennbar ins Stottern geriet (und sich später auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen rapide verschlechterten).

Zur Bilanz dieser auch im europäischen Maßstab außergewöhnlich langen und ereignisreichen Regierungszeit können naturgemäß nicht nur Erfolge gehören. So konnten die Strukturprobleme der sozialen Sicherungssysteme des Arbeitsmarktes und des Steuersystems auch während dieser Jahre nicht wirklich gelöst werden, obwohl wichtige Initiativen ergriffen wurden. Die Gerechtigkeit gebietet jedoch die Feststellung: Keine der bisherigen Regierungen hat diese Probleme nachhaltig beseitigen können. Schließlich ist diese Aufgabe nicht durch einsame Entscheidungen eines Regierungschefs zu lösen. Entsprechende Vorschläge müssen parlamentarische Mehrheiten erreichen, die Mehrheit

im Bundesrat, und schließlich muss in Demokratien die Reformbereitschaft in der Gesellschaft vorhanden sein, die sich in der öffentlichen Meinung ausdrückt. Nicht allein in den großen Volksparteien speziell, sondern prinzipiell sind in parlamentarischen Demokratien Entscheidungen von solcher Tragweite nur als Kompromisse zwischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Interessen möglich. Es handelt sich also bei solchen Reformen um eine grundsätzliche Problematik moderner Demokratien.

Doch sollte nicht vergessen werden: Während der Regierung Kohl wurden durchaus Anläufe unternommen, solche fundamentalen Aufgaben zu lösen, doch scheiterte beispielsweise eine größere Steuerreform an der oppositionellen Mehrheit des Bundesrats. Auch hat die Regierung Kohl in den 1980er-Jahren erhebliche und partiell erfolgreiche Anstrengungen zur Haushaltssanierung unternommen, die zu einer größeren finanziellen Leistungskraft der Bundesrepublik in den Jahren nach der Wiedervereinigung führten und dazu beigetragen haben, die ökonomischen und sozialen Folgen einer fünfundvierzigjährigen katastrophalen Misswirtschaft der kommunistischen Diktatur in der DDR zu bewältigen: Schnelle Ideallösungen waren damals nicht erreichbar, doch fällt bis heute die Bilanz angesichts der Ausgangslage 1949 sehr viel positiver aus, als es in der öffentlichen Meinung oft erscheint. Auch in anderen innenpolitischen Sektoren sind sehr viele Erfolge der Regierung Kohl unbestreitbar, zum Beispiel in der Kulturpolitik, in Bezug auf die Erinnerungskultur mit der Gründung großer Museen oder in der Umweltpolitik. Aber auch im Vergleich zu solchen durchaus beachtlichen Erfolgen bleiben die Wiedervereinigungs- und Europapolitik ganz außergewöhnliche Meisterleistungen Helmut Kohls.